



Ortsverband mit Ortsverband

Verpasste Chance für Gemeindefinanzen

Von den Verantwortlichen der Hasloher Gemeindepolitik werden regelmäßig Krokodilstränen vergossen, wenn es um die desolate Haushaltslage der Gemeinde geht. Es werden alle möglichen Schuldigen ausgemacht, die eigene Vernachlässigung aber tunlichst ausgeblendet. Hier das jüngste typische Beispiel für den mangelnden Willen, aktiv für eine bessere Finanzausstattung zu sorgen:

Eine Hamburger Bürofirma, die dort rund 2,5 Mio. Euro Gewerbesteuer zahlt, bekundete ihr Interesse, sich in Hasloh anzusiedeln. Dies hätte für Hasloh ein Gewerbesteueraufkommen von zusätzlich etwa 1 - 1,5 Mio. Euro bedeutet.

Das Interesse wurde allen Verantwortlichen mitgeteilt.

Reaktion intern: „Das unterstützen wir. ‘Reaktion nach außen: NICHTS!

Kein Verantwortlicher hat sich um die Firma bemüht, keine Nachfrage, welche Aktionen die Gemeinde zur Förderung des Ansiedlungswillens ergreifen könnte.

Angemessen wäre gewesen, sich persönlich mit der Firma in Verbindung zu setzen und den absoluten Willen der Gemeinde zur Unterstützung zu bestätigen.

Inzwischen hat die Firma den Umzug nach Rellingen beschlossen, weil sie der Gemeinde Hasloh eine kurzfristige Bereitstellung von Büroraum nicht zutraut. Mal wieder eine verpasste Chance!

Seit vielen Jahren hat es die Gemeinde versäumt, geeignete Gewerbeflächen für ansiedlungswillige Betriebe und für Hasloher Firmen, die sich erweitern wollen, auszuweisen.

Das hat dazu geführt, dass drei der größten Gewerbesteuerzahler Hasloh den Rücken gekehrt und sich in Nachbarorten angesiedelt haben.

Mit dieser Politik verbessert man die schlechte Finanzsituation nicht.

FDP eindeutig: Kein Alkoholausschank im Jugendraum!

Alkohol ist eine Massendroge. Täglich leben viele Eltern dies ihren Kindern vor. So kann es nicht verwundern, dass bereits Jugendliche es für selbstverständlich halten, dass auch sie, insbesondere auf Feiern, zur Flasche greifen! Bei Feten im Hasloher Jugendraum, in dem bislang kein Alkohol ausgeschenkt werden darf, führt dies dazu, dass sich manche Jugendliche vor dem Eingang „volldröhnen“ und anschließend stören. Dem wollte die Betreuerin des Jugendraumes durch einen „kontrollierten Alkoholausschank“ bei besonderen Veranstaltungen an Jugendliche ab 14 Jahren (!) entgegenwirken. Diese Maßnahme wurde in der Gemeindevertretung beraten.

Die FDP-Fraktion hat sich einheitlich gegen einen Alkoholausschank im Jugendraum ausgesprochen. Damit folgt sie einerseits dem Gesetz, das dieses nur für Jugendliche ab 16 Jahren in Begleitung Erwachsener zulässt. Zudem hätte die Gemeinde im Falle von Unfällen für die Schäden zu haften. Andererseits halten es die Liberalen für angeraten, dass es weiterhin ein beispielhaftes Qualitätsmerkmal des Hasloher Jugendraumes bleiben müsse, beim Wunsch nach Alkoholausschank nicht dem gesellschaftlichen Trend zu verfallen.

Vielmehr sollte versucht werden, der frühen Suchteinübung ein bewusstes „Vorbild“ entgegenzusetzen. Und das heißt, das Thema „Alkohol“ zu einem ständigen Gesprächsgegenstand über Suchtgefahren zu machen und durch diesen Dialog aufzuzeigen, dass konsequenter Alkoholverzicht auch bei Jugendveranstaltungen erlernbar ist.

Petra Stapelfeld, Mitglied im Sozialausschuss

AKN fährt noch öfter zum Hauptbahnhof

Bereits seit einiger Zeit gibt es werktags zwei zusätzliche Direktverbindungen zum Hauptbahnhof: Mo. um 8.46 (Ankunft 9.17 Uhr) und Mo - Sa abends um 18.46 (Ankunft 19.16).

Die Abendverbindung ist besonders für Kino- und Theaterbesucher von Interesse (Achtung: Nur samstags Halt in Stellingen und Langenfelde).

Mit der Resonanz auf die umsteigefreien Verbindungen ist die AKN sehr zufrieden. Die Zahl der Fahrgäste alleine auf den Durchfahrtzügen ist um 40 Prozent gestiegen.

Seniorenbeirat der Gemeinde hat viel vor

Seit November 2004 sind die Mitglieder des Hasloher Seniorenbeirates im Amt und haben sich mit zahlreichen seniorenrelevanten Themen beschäftigt.

Eine öffentliche Informationsveranstaltung befasste sich mit den sensiblen Themen Patientenverfügung, Betreuungsverfügung und Vorsorgevollmacht.

Eine zweite Veranstaltung klärte über die neue Steuerpflicht für Rentner auf und eine dritte informierte über das komplizierte Erbrecht.

Reges Interesse findet das Vorhaben, in Hasloh die Möglichkeit von altengerechtem und betreutem Wohnen zu schaffen. Zur Vorbereitung und zur eigenen Information haben die Beiratsmitglieder zwei Einrichtungen zum „Betreuten Wohnen“ in Ellerau und in Bönningstedt besichtigt und so wertvolle Anregungen für das eigene Vorhaben erlangt.

Auf zwei Sitzungen wurden dem Beirat und zahlreichen Hasloher Bürgern durch eine Projektentwicklungsgesellschaft das Konzept von „Betreutem Wohnen“ auf Basis von alten- und behindertengerechten Eigentumswohnungen vorgestellt und durch die AWO ein Konzept auf der Basis von Mietwohnungen, die vornehmlich in die Mitte des Ortes gehören und mit Pflegediensten kombiniert werden können.

Der Seniorenbeirat hat einen entsprechenden Antrag in die Gemeindevertretung eingebracht, der von allen Fraktionen positiv beschieden wurde. Wir werden nun ein Konzept erarbeiten und dem Gemeinderat vorstellen.

Weiterhin beantragte der Beirat im Gemeinderat den barrierefreien Zugang zu allen Räumen des Dörphus. Trotz der schlechten Finanzsituation soll eine passable Lösung gefunden werden.

Ingo Battau,
Seniorenbeirat der Gemeinde Hasloh

Verkehrsberuhigung großer Erfolg !

Gerd Grünser, verkehrspolitischer Sprecher der FDP Fraktion in der Gemeindevertretung Hasloh, freut sich über den Erfolg hinsichtlich der Verkehrsberuhigung in Hasloh.

Seit kurzem ist nicht nur die Kirschenallee 30 km-Zone, auch in der Ladestraße wird durch die Aufstellung von sechs weiß-roten Pollern für mehr Sicherheit gesorgt. Bis zur AKN bleibt die Ladestraße zudem 30 km-Zone. Im Bereich des Bahnhofs, wo die Huckel in der Straße erhalten bleiben, darf nur 20 km gefahren werden.

Bereits im ersten Jahr der laufenden Legislaturperiode, im Oktober 2003, hatte die FDP mit einem mehrere Maßnahmen benennenden Antrag eine „Weitreichende Verkehrsberuhigung“ in Hasloh gefordert. Leider verlief die Verkehrsberuhigung im Garstedter Weg entgegen den Erwartungen der Liberalen. Zwar wurde dort 2004 zunächst im Bereich der Schule eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km erlassen. Nach dem Aufbringen einer durchgehenden weißen Linie (Fahrstreifenbegrenzung) hat die Verkehrsbehörde dann jedoch wieder die ehemalige Geschwindigkeit von 50 km zugelassen.

„Für eine 30 km-Zone im Garstedter Weg, insbesondere im Großbereich der Schule, werden wir Liberalen weiter energisch kämpfen“, so FDP-Fraktionsvorsitzender Dr. Günter Mohrmann.

„Bürger(in) des Jahres“ gesucht!

„Die erfolgreiche Entwicklung einer Gemeinde setzt ein hohes Maß an freiwilligen und ideenreichen Aktivitäten ihrer Bürger voraus. Ein solches Tun wirkt vorbildlich und verdient deshalb besondere Anerkennung. Wir fordern deshalb die Gemeindevertretung auf, einen jährlich durch die Gemeinde Hasloh zu verleihenden Preis „Bürger des Jahres“ auszuloben.“ Mit diesen Worten begründete der Liberale Fraktions-Chef Dr. Günter Mohrmann einen entsprechenden Antrag der FDP.

Mohrmann erhofft sich von der Preisverleihung eine erhebliche Anreizfunktion, die dazu beitragen könnte, dass Hasloh weiterhin ein Dorf mit ausgeprägtem Bürgerengagement bleibt. Die Auswahl der Preisträgerin bzw. des Preisträgers wurde dem Ausschuss für Schule, Sport und Kultur übertragen.

Ämterzusammenlegung - eine schwere Entscheidung !

Die Haushaltslage der öffentlichen Kassen zwingt dazu, alle denkbaren Wege für Sparmaßnahmen zu gehen. Dazu gehört es auch zu prüfen, welche Ersparnisse durch Neuordnungen von Amtsverwaltungen zu erwirtschaften sind. Für das Amt Bönningstedt stellte sich die Frage insbesondere im Zusammenhang der Entscheidung, ob das reparatur- und umbaubedürftige Amtsgebäude in Bönningstedt lediglich saniert oder durch einen Neubau ersetzt werden soll. Ähnliche Investitionen stehen im Nachbaramt Pinneberg-Land an. Angesichts dieser Lage hat der FDP-Landtagsabgeordnete und Ellerbeker Bürgermeister Günther Hildebrand im Amtsausschuss beantragt, zu prüfen, welche Spareffekte langfristig durch eine Ämterzusammenlegung von Bönningstedt und Pinneberg-Land (Borstel-Hohenraden, Kummerfeld, Prisdorf, Tangstedt) zu erwarten sind. Aus der Ämterfusion würde zum 1. Januar 2007 das neue Amt „Pinnau“ erwachsen.

Bedingung einer Fusion ist insbesondere, dass diese für die Bürger überwiegend vorteilhaft ist, deutliche Einsparungen bei den Verwaltungskosten bringt und die Gemeinden ihre Außenstellen weiterführen können. Die Prüfung der Fusionsperspektiven hat ergeben, dass 2011 (ohne Kündigungen) allein bei den Personalkosten jährlich € 285.000,- eingespart werden können.

Offen ist allerdings noch die Frage des „neuen Amtsgebäudes“. Hierin sehen die Fusions-Gegner eine unkalkulierbare Entwicklung. Kritisiert wird weiter, dass das Rechenmodell der Fusion eine Reihe zu positiver Annahmen über zukünftige Haushaltsentwicklungen enthalte.

Die Hasloher FDP hat die Fusion sehr kritisch debattiert. Trotz der offenen Fragen, wird die Fusion befürwortet. Erstens überzeugen die Spareffekte, die sich deutlich abzeichnen. Zweitens gehen die Liberalen davon aus, dass sich die Lage der öffentlichen Haushalte in Zukunft dramatisch verschlechtern wird.

Schleswig-Holstein dürfte dann gezwungen sein, „von oben“ Verwaltungsfusionen anzuordnen. Dem kann durch die jetzige Fusion vorgegriffen werden, die den Vorteil bringt, dass die Partnersuche gegenwärtig noch ein Zusammenschluss von „Wunsch-Partnern“ ähnlich strukturierter Gemeinden ist. Später könnten „Zwangsehen“ anstehen, etwa eine Zwangsverschmelzung Haslohs mit der Stadt Quickborn. Was könnte Hasloh gegenüber einem solchen großen Partner zum Wohle der eigenen Bürger dann überhaupt politisch noch durchsetzen?

Dr. Günter Mohrmann, Fraktionsvorsitzender der FDP

V.i.S.d.P. Karl-Heinz Handke, Dorfstr. 7, 25474 Hasloh